

Asolo

WALTER HIRCHE

Niedersächsischer Minister  
für Wirtschaft, Technologie  
und Verkehr

DIE AKTUELLE POLITISCHE  
BEDEUTUNG DES  
WARTBURG-FESTES VON 1817

18. Oktober 1987 in Kassel

Rede anlässlich der Feierstunde zum Gedenken an das  
Wartburg-Fest der Deutschen Burschenschaft im Jahr 1817

DIE AKTUELLE POLITISCHE BEDEUTUNG DES WARTBURG-FESTES  
VON 1817

"Ein Deutschland ist und ein Deutschland soll sein und bleiben. Je mehr Deutschland in Staaten zerrissen ist, desto heiligere Pflicht ist es für jeden Deutschen, dahin zu streben, daß die Freiheit nicht verloren gehe und das Vaterland nicht verschwinde."

Dieses Bekenntnis von 1817 geht unmittelbar auf das Wartburg-Fest des gleichen Jahres zurück.

Der 18. Oktober 1817 bleibt in der deutschen Geschichte das Symbol idealistischer Manifestation für freiheitliche Zustände in den deutschen Staaten und für die Idee von der Gemeinsamkeit des Vaterlandes. Eine Idee, die schon der Jenaer Urburschenschaft im Juni 1815 bei ihrer Gründung wegweisend war.

Das Wartburg-Fest 1817 war kein konspiratives Treffen wie Metternich, der Architekt der Restauration glaubte. Das Wartburg-Fest war vielmehr das offene Bekenntnis eines allgemeinen nationalen Idealismus für ein Deutschland, das die trennenden Staatengrenzen überspannen sollte und für das Wiederaufnehmen von Reformideen, die in den Freiheitskriegen gegen Napoleon eine große Rolle gespielt hatten. Der Versammlungstag im Oktober 1817 war alles andere als zufällig. Es waren auf den Tag fast 300 Jahre seit Luthers Thesen-Anschlag vergangen und wenige Jahre seit der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1817, in der Napoleon nach dem Rußlandfeldzug die erste große Niederlage erlitt.

Aber das Wartburg-Fest von 1817 wäre zugleich ohne den Jahnschen Plan einer "Ordnung und Einrichtung der Burschenschaften" und ohne das Erlebnis der studentischen Jugend in den Freiheitskriegen undenkbar gewesen. Noch vor konkreter Politik stand bei den Studenten die Idee der Gemeinschaft in einer Burschenschaft. Die Studenten trugen die schwarz-rot-goldenen Farben der Lützowschen Jäger, empfanden diese Farben aber zugleich romantisierend als Farben des alten Deutschen Reiches (schwarzer Adler mit roten Fängen auf goldenem Grund).

Das Wartburg-Fest, bei dem sich mehr als 500 Studenten von über 10 Universitäten versammelten, war gedacht als "doppeltes Fest der Wiedergeburt des freien Gedankens und der Befreiung des Vaterlandes" (Schnabel). Die Feier war Bekenntnis nicht Programm. Kampfansage an die Obrigkeit der Fürsten war allerdings das Verbrennen charakteristischer Insignien, eines nassauischen Korporalstocks, eines hessischen Haarzopfes und eines preußischen Ulanen-Schnürleibs. Reden wurden gehalten, Wünsche und Forderungen wurden ausgetauscht. Die Enttäuschung über die wachsende Restauration der Fürsten war gegenwärtig. Schließlich hatte man in den Freiheitskriegen nicht nur für die Freiheit von der Herrschaft einer fremden Macht, sondern auch für die Freiheit des Einzelnen und der deutschen Nation gekämpft.

Nicht verschwiegen werden darf, daß die Nachfeier auch Exzesse sah, nämlich die Verbrennung "undeutscher" Schriften, die Luthers Verbrennung der Bannbulle nachahmen sollte und eine unrühmliche Nachahmung bei den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen fand.

Politisch hatte das Wartburg-Fest 1817 einen weiten Nachhall in ganz Deutschland. Die Folgen allerdings standen völlig im Gegensatz zu den Zielen der Studenten. Das Wartburg-Fest, die Ausbreitung der Urburschenschaft und schließlich die Ermordung des russenfreundlichen Dichters Kotzebue durch einen Burschenschafter dienten den Herrschenden als Vorwände für die Karlsbader Beschlüsse 1819, mit denen Metternich Restauration und Reaktion durchsetzte. Hoffen und Wollen der Demonstration - so würden wir heute sagen - von 1817 wie auch der von 1832 und 1848 waren ein Teil der nationalen und liberalen Bewegung. Die allgemeine Revolutionsangst der Fürsten erstickte diese Ansätze für eine neue Freiheit in Deutschland und neue nationale Identität im Keime.

Wenn wir uns heute zum Gedenken an das Wartburg-Fest 1817 versammeln, dann ist dies nicht einfach ein Traditionstreffen zur Erinnerung an die Urburschenschaft oder eine Gedenkfeier ehemaliger Eisenacher an ein wichtiges Lokalereignis. Das Wartburg-Fest 1817 geht vielmehr uns Deutsche in der Gesamtheit an.

In der Wahrnehmung von Geschichte spiegelt sich Selbstbewußtsein und Identität. Die deutsche Geschichte ist eine uns alle umschließende gemeinsame und unentrinnbare Vergangenheit. Daran ändert nichts, daß sie in Teilen nur schwer zu akzeptieren ist angesichts der Realität des geteilten Deutschland und zweier in getrennte Sicherheitssysteme eingebundener deutscher Staaten, sowie angesichts der Tatsache, daß Deutschland mit zwei Weltkriegen und insbesondere durch die mörderische Herrschaft des Nationalsozialismus tiefe, dauernde Narben mit sich herumträgt. Andererseits müßte dies Anlaß genug sein, in unserer freiheitlich demokratischen Bundesrepublik Deutschland die historischen Daten der Freiheitsbewegung zu feiern, sich ihrer wenigstens öffentlich zu erinnern. Dazu gehörten nicht nur der 17. Juni 1953 und die Paulskirchen-Versammlung im Revolutionsjahr 1848, sondern ebenso das Hambacher Fest von 1832 wie auch 1817 - das Wartburg-Fest. Aber eigentümlich, als klammerte sich die Bundesrepublik noch immer an den politischen Zustand eines Transistoriums, Sinnfindung und Identitätsbildung wird von den demokratischen Parteien bei uns kaum versucht.

Zugleich können wir miterleben, wie zielstrebig die DDR die deutsche Geschichte ausschlachtet, um historische Legitimation für den Staat DDR zu finden. Nicht zum ersten Mal haben sich in diesen Tagen tausende von FDJ-Mitgliedern auf der Wartburg versammelt, um die Tradition der Urburschenschaft für die FDJ in Anspruch zu nehmen. Ein staunenswerter Vorgang, auch wenn er nicht mehr neu ist. Im größeren Umfang hat die FDJ erstmals 1967, 150 Jahre nach dem Wartburg-Fest, solche Geschichtsbeugung versucht.

Im Vorfeld jenes Wartburg-Festes von 1967 hatte der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), die Interessenvertretung aller Studentenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, erstmals versucht, die 150-Jahrefeier zu einer gemeinsamen Veranstaltung von Studenten aus der DDR und der Bundesrepublik zu nutzen. Dies ist 1967 nicht gelungen. Der Brief, den ich als damaliger VDS-Vorsitzender an den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht geschrieben habe, blieb ohne Antwort, die Briefe an die FDJ ohne positive Reaktion. Die Studentenschaft der Bundesrepublik lehnte es dann ab, in einer eigenen Veranstaltung, parallel zur FDJ, des Wartburg-Festes zu gedenken. Ich habe dies schon damals als ein Auslassen einer großen Chance bezeichnet -

nicht weil eine Veranstaltung gegen die FDJ unbedingt hätte stattfinden müssen, wohl aber um ein eigenes Bekenntnis zur demokratischen deutschen Geschichte abzulegen und eine Standortbestimmung für den Weg zu mehr Gemeinsamkeit und Freiheit in Deutschland zu versuchen.

Wartburg 1967 bleibt ein zwiespältiges Ereignis: Da ist das Ausschlichten der deutschen Geschichte in der DDR, um ein kommunistisch definiertes neues Nationalgefühl aufzubauen. Da herrschen in der Bundesrepublik nach wie vor starke Vorbehalte gegenüber jedem Versuch, über Erinnerung auch neue sittliche Grundsätze und politische Ziele zu setzen. Nach meiner Überzeugung haben es alle bisherigen Bundesregierungen versäumt, für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung wirklich intensiv zu werben. Damit ist die inhaltliche Alternative zum Deutschlandbild der SED blaß geblieben. Kein Wunder, daß in der Bundesrepublik immer wieder über mangelnden Einsatz, über ein Desinteresse der Jugend an unserem demokratischen Staat und an Deutschland geklagt wird. Die Ziele unserer politischen Ordnung aber: konsequenter Ausbau unseres liberalen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates und nachhaltiges Eintreten für eine internationale Friedensordnung, lohnen doch den Einsatz !



Die Wünsche und Forderungen der Studenten von 1817 nahmen das Deutschlandlied vorweg: "Einigkeit und Recht und Freiheit". Damit stellt sich zugleich die Frage, warum diese von Hoffmann von Fallersleben in Worte gegossene Sehnsucht seit zweihundert Jahren eine Herausforderung in Deutschland aber auch für die Nachbarn der Deutschen ist. Die Ursache liegt nach meiner Überzeugung darin, daß die deutsche Frage nicht nur eine Frage der Deutschen ist. Der Begriff "Deutschland", sogar der Begriff "Deutsches Reich", war in der konkreten politischen Ausgestaltung historisch stets vielgestaltig. Die Reichsgrenze hat, streng genommen, nie ein vollständiges Reich der Deutschen umschlossen. So haben sich zwischen dem 10. und 19. Jahrhundert Reichs- und Sprachgrenze nie gedeckt, auch wenn die große Mehrheit der Deutschsprechenden ihre Heimat innerhalb des Reiches besaß. Wesentlich war auch, daß sich die "deutsche Nation" - im Unterschied zu anderen "Nationen" - aus vielen Staaten zusammensetzte. Zwar haben sich Bezeichnungen wie Bayerische oder Sächsische Nation nie durchsetzen können. Dennoch spielten sie historisch in der politischen Realität eine stärkere Rolle als der Begriff der deutschen Nation, die ja erst im Deutschen

Reich von 1871 und danach bis 1945 staatsrechtliche Gestalt fand.

Deutschland war nicht erst seit der Reformation, aber insbesondere seit Luther, der Ort, an dem tiefe Gegensätze in Europa aufeinanderstießen. Diese Gegensätze waren auch Gegensätze von Freiheits- und Staatsauffassung. Nachgewirkt haben dabei möglicherweise sogar jahrhundertalte Grenzen des Römischen wie des Karolingischen Reiches. Im Spätmittelalter und in der beginnenden Neuzeit - nach der Machtfülle der Sachsen, Salier und Stauffer - wurde das Heilige Römische Reich deutscher Nation immer stärker zu einer abstrakten Ordnungseinheit, bis es 1806 unrühmlich endete. Konkreter waren vor und nach dem Wiener Kongreß die einzelnen deutschen Staaten bzw. Fürstentümer. Die Nachwirkungen der literarischen Bewegung des Sturm und Drang, die freiheits- und nationalbetonte Revolution, insbesondere aber die Befreiungskriege, hatten das Streben nach deutscher Zusammengehörigkeit neu entflammt. So empfanden die Studenten auf der Wartburg Deutschland als eine Einheit. Einheit war dabei nicht einmal nur politisch gemeint, sondern mehr Ausdruck eines Zusammengehörigkeitsgefühls, das auf Geschichte, Sprache und Kultur gründete.

Wer sich heute in Deutschland umsieht, wird bei den Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR trotz des unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Systems und trotz der unmenschlichen Mauer und des Stacheldrahtes auch nach 40 Jahren staatlicher Trennung viele Gemeinsamkeiten im gefühlsmäßigen Erleben der Gegenwart feststellen. Die Sprache, ihre Eigenarten und Konstruktionsprinzipien bestimmen die Denkweise der Menschen offenbar in einem Maß, das nicht überschätzt werden kann. Die deutsche Sprache wird ohne Zweifel das Gefühl der Gemeinsamkeit erhalten, auch über die schreckliche Grenze hinweg, die mitten durch Deutschland geht. Kontakte, Austausch, der trotz aller politischen oder wirtschaftlichen Weiterentwicklungen die Gemeinsamkeiten von Sprache und Kultur festigt, sind eine Grundvoraussetzung für das Fortbestehen eines Deutschlands, einer gemeinsamen Nation trotz getrennter Staaten. Im Hoffen der Deutschen ist dabei die Erhaltung von Frieden und Freiheit angesichts der ungeheuren Vernichtungspotentiale auf der Welt stärker als je zuvor. Dies geht auch weit über die völkerrechtlichen Absichten von Grundlagenvertrag und KSZE hinaus.

1817 sahen es die Teilnehmer des Wartburg-Festes in der Ausdrucksweise der damaligen Zeit als "Heilige Pflicht" an, sich für die Freiheit einzusetzen. Dieses Gut Freiheit, ohne es von anderen Werten lösen zu wollen, war ihnen Ziel aber auch Garant für das gemeinsame Vaterland. Sie sahen Einigkeit und Recht und Freiheit als eine Einheit.

Wie recht sie mit diesem Gedanken hatten, zeigte sich auf tragische, zynische Weise in den 12 Jahren Herrschaft des Nationalsozialismus, in denen Deutschland nicht nur die Freiheit verlor, sondern in denen in maßloser Übersteigerung des Nationalismus sowohl der territoriale Bestand Deutschlands als auch sein geistiger und moralischer Kredit verspielt wurde und das heutige Problem der nationalen Identitätslücke ursächlich entstanden ist.

Beim Wartburg-Fest 1817 stellten die Studenten die These auf, "ein Krieg zwischen deutschen Staaten würde der ungeheuerste Frevel sein". Das hohe moralische Wollen dieses Satzes ist in der Geschichte nicht bestätigt worden. Bismarck hat das Deutsche Reich nach

Kriegen zwischen deutschen Staaten errichtet. Hannover und Sachsen etwa mußten 1866 mit Annektion bzw. Teilannektion zahlen. Für die Studenten von 1817, die erst im Gefühl des Befreiungskrieges gegen die Fremdherrschaft Napoleons politisch zu denken begonnen hatten, war dies ein Frevel. Auch 1866 war dies für viele ein hoher Preis, den allerdings damals noch mehr andere zu zahlen bereit waren.

Heute ist dieser Satz von 1817 zu einem kategorischen Imperativ deutscher Existenz geworden. Würde er verletzt, würde Deutschland aufhören zu bestehen. Aber dieser Satz hat heute eine zusätzliche Bedeutung gewonnen. Gerade nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Untergang des Deutschen Reiches am Ende des Zeiten Weltkrieges ist der Satz existentiell geworden: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen. Dieser Verpflichtung gerecht zu werden, ist Aufgabe beider deutschen Staaten. Der Erhalt des Friedens, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, ist unser ureigenstes Interesse, ist oberstes Ziel von Politik. Die "querelles allemandes", die deutschen Streitigkeiten, müssen der Vergangenheit angehören, es darf sich auch nicht an Deutschland ein neuer Krieg

entzünden. Diese Aufgabe besteht für die Bundesrepublik und die DDR. Es ist diese gemeinsame Aufgabe, die vielleicht das stärkste existentielle Band zwischen den beiden deutschen Staaten mit ihren so unterschiedlichen Vorstellungen von Freiheit ist.

Aus dem Gesagten folgt, daß eine Wiedervereinigung als bloße territoriale Vereinigung der beiden deutschen Staaten, wie sie schlichte Gemüter aus der Präambel des Grundgesetzes ableiten, noch in vielen Jahren kaum denkbar ist. Die Addition der Wirtschaftsmacht von DDR und Bundesrepublik, für viele Europäer in Ost und West eine Angst vor Multiplikation, würde zuviel Unfrieden stiften, selbst wenn die Trennung der Wirtschaftssysteme überwindbar wäre. Andererseits ist genauso wahr, daß in Deutschland eine tiefe innere Unruhe entstehen könnte - wie über Jahrhunderte in Polen - wenn kategorisch jede Hoffnung auf Selbstbestimmung, auf Einheit in Frieden und Freiheit, völkerrechtlich ausgeschlossen würde. Die Chance der Freiheit in der Bundesrepublik und für Deutschland aber hängt mit dem Bewahren des Friedens eng zusammen und dieser Frieden ist paradoxerweise ohne Friedensvertrag sicherer, als er es vielleicht bei einem Friedensvertrag wäre, auch wenn ein Vergleich der Vorarbeiten von Potsdam mit dem

Ergebnis von Versailles schief ist. Dennoch: Die Einbindung beider deutschen Staaten in unterschiedliche Sicherheitssysteme hat nicht nur die unmenschliche Grenze in Deutschland mit sich gebracht, sondern ist in den Augen aller Europäer mit und trotz dieser Grenze ein Stück Stabilität.

Die Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis, wie wir sie trotz aller weiterbestehenden Gegensätze in diesen Monaten erleben, erzeugt in Europa auch Mißtrauen, das haben ausländische Pressestimmen im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch gezeigt. Mißtrauen nicht nur im Westen, sondern erst recht in der Sowjetunion. Die Einbindung der DDR in den Ostblock und die Bindung an die UdSSR ist ja viel enger als die von Polen, Ungarn oder der CSSR. Vor allem deshalb, weil die Sowjetunion in der DDR viel stärker hegemoniale Interessen verfolgt. Die Einbindung der DDR in den Warschauer Pakt ist für die DDR eine Existenzbedingung. Im übrigen gilt ähnliches für die Einbindung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien, in die NATO und in die Europäische Gemeinschaft.

Neutralität, wie sie in Jugoslawien oder in den 50er Jahren in Polen diskutiert worden ist, kann nicht im Interesse der DDR-Führung liegen. Die DDR kann auch kein Interesse an einer neutralen Bundesrepublik haben oder an einer Bundesrepublik zwischen den Blöcken - ganz abgesehen davon, daß auch die Bundesrepublik selbst kein solches Interesse hat oder haben sollte. Jede Neutralismus-Diskussion im Westen könnte eine Sogwirkung auf die DDR auslösen und damit eine Erschütterung in Europa verursachen, vorder sich alle fürchten. Die DDR hat in Wahrheit ein Interesse an einer starken Bundesrepublik und nicht an einer instabilen. So ist die DDR die Status quo-Macht par excellence in Europa.

Legitimität aber für den eigenen Status, damit für seinen eigenen Separatismus, gewinnt man, indem der Teil für das Ganze erklärt wird. Daraus erklären sich die Bemühungen der SED um die angeblich historische Kontinuität hin zum deutschen Teilstaat DDR. Daraus erklärt sich, daß durch eine stärkere Verwurzelung der DDR in der Geschichte die Teilung verfestigt werden soll.



Interessant ist, daß die DDR heute ihr ursprüngliches Ziel, ein sozialistisches Gesamt-Deutschland zu schaffen, nicht mehr verfolgt. Optisch und akustisch wird dies daran deutlich, daß die DDR-Staatshymne von Paul Becher nur noch orchestriert, der Text "Deutschland, einig Vaterland" aber nicht mehr gesungen wird. Der DDR-Staatsratsvorsitzende nannte den Gedanken an Wiedervereinigung "Träumerei" und meinte, daß die Vorstellungen von Freiheit in der Bundesrepublik sich zu seinen eigenen wie Feuer und Wasser verhielten. Das letztere sei kräftig unterstrichen.

Aber Honecker hat auch von einem "gemeinsamen europäischen Haus" gesprochen. Wer das sagt, akzeptiert nicht nur das gemeinsame europäische (und deutsche) Erbe, sondern auch eine gemeinsame europäische (und deutsche) Zukunft. Daß diese Zukunft nicht in einem freiwilligen Zurücktreten der kommunistischen Parteien von der Macht bestehen wird, bedarf keiner Erläuterung. Die Politik des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow zeigt jedoch eine außerordentliche Reformoffenheit, von der auch die DDR nicht unberührt bleiben kann. Die Sowjetunion wiederum wird trotz ihres großen

Mißtrauens nicht umhin können, den Ausbau von Begegnungen und Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten zuzulassen.

Dabei ist interessant, daß diese Entwicklung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR praktisch wirksam wird, ohne daß die sogenannten Geraer Forderungen eine Blockade sind.

Was ist mit der Staatsbürgerschaft? Die Bundesregierung hält an der einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft fest, respektiert aber die Auffassung der DDR über die DDR-Staatsbürgerschaft, ohne daraus den Schluß zu ziehen, daß DDR-Bürger Ausländer seien. Vielmehr ist jeder Deutsche deutscher Staatsbürger, wenn er es nur sein will.

Ein Modus vivendi müßte sich auch für die Elbgrenze finden lassen. Beide Seiten sollten die Rechtsauffassung des anderen respektieren. Die Grenze festlegen können DDR und Bundesrepublik ohnehin nicht, weil sie sich nicht über die Rechte der Alliierten hinwegsetzen können. Sie könnten sie höchstens fest-

stellen. Die Feststellung setzte Einigkeit z. B. über die Dokumentenlage voraus, die nicht gegeben ist. Dennoch wäre ein Modus vivendi für die Schifffahrt auf der Elbe und das Leben an der Elbe von Wichtigkeit.

Die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter wiederum könnte dann völlig an Bedeutung verlieren und aufgelöst werden, wenn die Ursache für die Einrichtung hinfällig wird, nämlich Menschenrechtsverletzungen an der Grenze oder in der DDR.

Für die Menschen in DDR und Bundesrepublik ist das wichtigste die Ausweitung der Kontakte. Beide Seiten bemühen sich um Fortschritte im Reiseverkehr. So stieg von 1973 bis 1986 die Zahl der Besucher im Rentenalter um 50 % von 1,2 Mio auf 1,76 Mio jährlich. Die Zahl der Reisen in die DDR stieg absolut und prozentual noch stärker. Am erfreulichsten ist jedoch die annähernde Vervierfachung der Zahl der Besucher aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten von 66.000 im Jahre 1985 auf 244.000 im Jahre 1986. Die DDR spricht sogar von 573.000 Erlaubnissen aus diesem Grunde. Für die Intensivierung der menschlichen Kontakte ist der Ausbau von Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, Sportbegeg-

nungen und die Weiterentwicklung des Tourismus wichtig. Die regionale Ausweitung des kleinen Grenzverkehrs und seine bessere Nutzung wären weitere bedeutende Maßnahmen. Viele kleine Schritte werden notwendig sein, um ein eigenes Geflecht zwischen den beiden deutschen Staaten entstehen zu lassen. Das wird nicht zuletzt auch Berlins Existenz als freie Stadt absichern.

Es entspricht einer pragmatischen Vorgehensweise zwischen beiden deutschen Staaten, wenn auf verschiedensten Gebieten Abkommen geschlossen werden bzw. geschlossen werden sollen, auch ohne daß alle Grundsatzfragen einvernehmlich gelöst sind. Hoffnungsvolle Ansätze sind mit Vereinbarungen auf den Gebieten Umweltschutz, Strahlenschutz sowie Wissenschaft und Technik gemacht worden. Lassen Sie uns diese Vereinbarungen mit Leben erfüllen.

Als Wirtschaftsminister des Bundeslandes Niedersachsen, das die längste gemeinsame Grenze mit der DDR hat, mehr als 500 km, bin ich naturgemäß auch an einem engen wirtschaftlichen Austausch interessiert, wozu mehr Bahnverbindungen und Straßenübergänge bessere Voraussetzungen schaffen würden. Der ehemals einheitliche

Wirtschaftsraum Norddeutsche Tiefebene mit den Zentren Berlin, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Hannover, Leipzig und Magdeburg ist heute geteilt. Wolfsburg, Salzgitter und Kassel z. B. - Industriezentren mit ehemals günstiger Mittelpunktlage - sind seit 1945 Städte im Zonenrandgebiet ohne Hinterland. Hamburg war vor dem Kriege auch Hafen für Berlin und das tschechische Industriegebiet. Heute leidet es an seiner peripheren Lage.

Die deutsche Teilung hat insgesamt den Norden der Bundesrepublik weit härter getroffen als den Süden - ein Stück Süd-Nord-Problematik. Erfreulicherweise weist der innerdeutsche Handel im Warenverkehr, z. B. zwischen Niedersachsen und der DDR, seit Jahren eine steigende Tendenz auf. Der Handelsanteil ist jedoch längst nicht in der Größenordnung, die durch die geographische Lage, die historischen Wirtschaftsverflechtungen, die gemeinsame Sprache und die Ausprägung der heutigen Industriestrukturen möglich wäre. Die Lieferungen haben volumenmäßig nur den Umfang des Handels mit Jugoslawien.

Im Bereich der Wirtschaft, wo ökonomische Effizienz besser meßbar ist als in anderen Bereichen, läßt sich der Unterschied zwischen einem freiheitlichen System mit sozialer Marktwirtschaft und einem sozialistisch-bürokratischen System mit Zentralverwaltungswirtschaft besonders deutlich messen. So ist es gewiß nicht dem mangelnden Fleiß der Mecklenburger, Sachsen oder Thüringer zuzuschreiben, daß die Automobilproduktion in der DDR weit hinter dem hinterherhinkt, was in Wolfsburg oder Untertürkheim produziert wird. Dies ist ausschließlich eine Frage des Wirtschaftssystems, d. h. der Frage, wie, wo und von wem verantwortliche Entscheidungen getroffen werden. Den Betrieben der DDR erlaubt z. B. ihre Einbindung in ein starres staatliches Planungssystem keine schnelle Anpassung an veränderte Exportmarktsituationen, eine Verantwortung für Erfolg oder Mißerfolg im Markt fehlt. Bei uns hält sich der Staat zurück und läßt mit bestem Ergebnis den Markt entscheiden. Ohne Freiheit im Wirtschaftsbereich wird weder ökonomische Effizienz erreicht, noch wird die Gesellschaft flexibler und offener. Wirtschaftliche, kulturelle und rechtliche Freiheit sind nur verschiedene Seiten der gleiche Medaille.

1817 haben die Burschenschaften auf der Wartburg durchaus Trennendes zwischen den damaligen deutschen Staaten gesehen. Sie haben dies Trennende jedoch nicht mehr so stark bewertet, wie es die Menschen in den Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten vor ihnen taten. An Stelle des Trennenden haben sie den Wunsch nach der Einheit der Nation gesetzt. Sie postulierten: "Die Lehre von der Spaltung Deutschlands in das katholische und protestantische ist irrig, falsch, verrucht" und weiter "die Deutschen haben alle einen Gott, an den wir glauben und einen Erlöser, den wir verehren, ein Vaterland dem wir angehören. Wenn wir in diesem Sinne lehren und handeln, können wir alles übrige dem Allerbarmer vertrauensvoll anheimstellen".

Solche Sätze wären im 16. Jahrhundert oder im 17. während des furchtbaren 30-jährigen Krieges zwar denkbar, aber politisch illusionär gewesen. Sie waren möglich geworden, weil nicht zuletzt im Zuge der Aufklärung die Staatsangelegenheit des religiösen Bekenntnisses eine Angelegenheit des Einzelnen geworden war. Dem Einzelnen wurde nunmehr die Freiheit zugestanden, über seinen Glauben selbst zu entscheiden. Damit wurde ein entscheidender Stein aus dem Weg geräumt, die Spaltung zwischen den Staaten zu überwinden.

Es hätte die Logik ökonomischer Effizienz für sich, wenn sich in den sozialistischen Staaten auf dem Boden der inzwischen etablierten politischen Macht die dezentralisierte Organisation von Wirtschaft fortentwickeln würde bis hin zu einer gewissen Emanzipation der Wirtschaft von der Politik. Eine solche Entwicklung rührt zwar an den Kern kommunistischer Doktrin, wird deshalb ideologisch bekämpft und gilt als undenkbar. Aber all das galt in der Religionsfrage auch für die religiösen Fundamentalisten des 16. Jahrhunderts auch.

Historisch war die deutsche Einheit stets dialektisch mit der Freiheit verbunden. Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 war ein Sieg des Einheitsgedankens auch auf Kosten der Freiheit. Dieses Wissen führt heute in der Bundesrepublik manchen dazu, der Bewahrung oder Stärkung der Freiheit des Einzelnen gegen Bevormundung, gegen Beschränkung von Entscheidungsmöglichkeiten durch den Staat oder durch gesellschaftliche Gruppen in jedem Fall den Vorrang vor jedem noch so hehren Staats- oder Gemeinwohl zu geben.



In den grundsätzlichen Fragen der Freiheit haben wir sicher keinen Verhandlungsspielraum gegenüber der DDR. Spielräume gibt es allerdings auf den Ebenen darunter. Dies bleibt angesichts der Gegensätze der Militärblöcke jedoch nur so, solange unsere Außenpolitik solide und verlässlich ist. Die konsequente Entspannungspolitik der deutschen Bundesregierungen seit dem Ende der 60er Jahre hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, daß die Ost-West-Konfrontation nicht mehr in der Art eines Glaubenskrieges stattfindet. Insofern ist auch der Friede in Deutschland und Europa sicherer geworden.

Die Freiheit Deutschlands und den Wunsch nach Einigung - der weiter gilt - können wir nur im europäischen Zusammenhang weiterverfolgen. Deutschland und Europa haben um so eher eine Zukunft, als der Frieden über das Trennende der Systeme hinweg erlebbar gemacht wird. Durch vertrauensbildende Maßnahmen kann das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden, vor allem aber durch persönliche Begegnungen. Je dichter die Zusammenarbeit ist, um so geringer wird die Neigung sein, aus Krisen eine neue Konfrontation aufzubauen. Wir müssen viele Schienen bauen, auch wenn zunächst wenig Züge darauf fahren.

Das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl jedenfalls ist insbesondere in der DDR stark. In der Bundesrepublik fehlt bei vielen ein vitales Interesse an der DDR. Insofern bleiben Wünsche an die Deutschen in beiden deutschen Staaten.

1817 hat einen 18. Oktober voller idealistischem Elan, hat einen nationalen und liberalen Aufbruch gesehen. Auch wenn wir 1987 unsere Erinnerung nicht an der historischen Stätte in Eisenach pflegen, so ist es doch wichtig, laut von Kassel aus die Aufnahme dieses 18. Oktober 1817 in die Reihe der nationalen Gedenktage zu fordern. Der 17. Juni 1953, der 18. Mai 1848 (Paulskirchen-Versammlung) und der 18. Oktober 1817 sind Ehrentage der Geschichte der Freiheitsbewegung in Deutschland - auch wenn sie keine Siegesfeiern sind wie nationale Gedenktage anderer Nationen.

Erinnerung ist notwendig, aber sie reicht nicht aus. Der Beitrag der Burschenschafter von 1817 zum politischen Leben Deutschlands sollte Verpflichtung auch für die Burschenschaften in der Demokratie von heute sein - ebenso wie für alle Deutschen.

Das Wartburg-Fest aber ist insgesamt mehr. Es ist Auftrag, sich für eine Zukunft von Freiheit in Frieden in Deutschland, in Europa und in der Welt einzusetzen. Nur Ideologen können die deutsche Frage für gelöst erklären. Die deutsche Frage ist offen, solange sie uns und andere umtreibt. Die deutsche Frage wird offen bleiben bis realistisch ist, was wir alle in Deutschland und Europa, vielleicht auf der Welt suchen: EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT.